



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

vor gut zwei Jahren wurde in Hammersbach die Gemeindevertretung für fünf Jahre neu gewählt. Wir nähern uns allmählich der Halbzeit. Unser Bürgerblatt ist zuletzt im Frühjahr 2017 erschienen. Zeit also für eine Zwischenbilanz, für aktuelle Informationen und einen Blick voraus.

„Wie? Einmal im Jahr ein Bürgerblatt und das war's?“, könnte mancher fragen. Tatsächlich wäre das auch zu wenig an Information.

Die eifrigen Nutzer unserer Homepage wissen aber, dass wir uns sehr bemühen, zeitnah und

aktuell zu informieren. (Von Facebook haben wir uns bisher allerdings ferngehalten, und die augenblickliche Diskussion um den massenhaften Datenmissbrauch zeigt uns, dass das nicht unbedingt eine Fehlentscheidung war.) Wir glauben aber auch, dass wir mit dem Bürgerblatt viele erreichen können, die nicht täglich im Internet unterwegs sind und lieber einer gedruckten Information vertrauen.

Und daneben gibt es ja immer noch unseren Bürgermeister, die Gemeindevertreter und Vorstandsmitglieder, von denen man im persönlichen Gespräch vieles erfahren kann. Wir

verstecken uns ja nicht, sondern sind in unserer Gemeinde in vielen Bereichen aktiv und ansprechbar.

Wir hatten versprochen „sachverständig, engagiert und verlässlich“ unserer Verantwortung für Hammersbach gerecht zu werden. An diesem Maßstab prüfen wir uns immer wieder selbst, und Sie dürfen das gerne auch tun. Denn letztlich ist es ihr Urteil, das entscheidet. ■



Wilfried Bender



Die SPD-Fraktion 2018.

Auf dem Foto fehlen: Florian Kuhn, Beate Reul-Friedrich und Volkhardt Orth.

Aus der Arbeit der SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung

Von 23 Mitgliedern der Gemeindevertretung gehören 14 der SPD an (6 Frauen, 8 Männer). Die SPD stellt die Vorsitzende der Gemeindevertretung, Ursula Dietzel, und jeweils drei Mitglieder in den Fachausschüssen. In drei von vier Ausschüssen hält die SPD den Vorsitz, auch hier jeweils durch eine Frau (Sabine Kropp, Miriam Piljic, Beate Reul-Friedrich).

Die Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse werden regelmäßig in Fraktionssitzungen vor- und nachbereitet. Hier setzen sich die SPD-Gemeindevertreter mit den Verwaltungsvorlagen und Initiativen des Gemeindevorstandes, mit den Anträgen der oppositionellen CDU und natürlich mit den eigenen Vorhaben auseinander, die als Anträge

formuliert der Gemeindevertretung vorgelegt werden. Besonders bedeutend ist in jedem Jahr die Beratung des Gemeindehaushaltes, durch den die wichtigsten Grundsatzentscheidungen getroffen werden. ▶

Fortsetzung von Seite 1

Seit Mai 2016 hat die SPD-Fraktion über 20 Anträge eingebracht, mit denen unterschiedlichste Themen angesprochen werden. Hier eine Übersicht:

Digitalisierung von Dienstleistungen der Verwaltung / Gebührenfreiheit im Kindergarten / Kunstrasenplatz / Tempo-30-Zonen / Fahrradfreundliches Hammersbach / Wirtschaftswege-Plan / Umgestaltung der Friedhofshalle Marköbel / Sanierung der Sanitär- und Umkleieräume in der Turnhalle / Ausbau der Erdgasversorgung / Überprüfung der Abfallgebühren / Familienbericht / Beteiligung an der hessischen Energiespar-Aktion / E-Bike-Tankstelle / QR-Codes für historische Stätten / Parkplätze am Friedhof Marköbel / Friedhofsübergang in Marköbel / Friedhofsmauer retten / Historische Ringmauer restaurieren / Aufwertung des Limes / Maßnahmen des Kommunalen Investitionsprogramms KIP / Tagungsorte der Gemeindevertretung / Ganztagsangebot an der Astrid-Lindgren-Schule / ärztliche Versorgung / Wertstofftonne / Konzept zur Wohnraumversorgung

(Alle Anträge finden sich zusammen mit ihren Begründungen auf der Homepage der SPD zum Download)

Die Aufzählung verrät noch keine Einzelheiten, aber sie verdeutlicht die Vielfalt der SPD-Initiativen und sie zeigt, dass die sozialdemokratischen Gemeindevertreter von den Finanzen bis zur Kultur alle Bereiche der Gemeinde im Blick haben und gestalten möchten. Für erkannte Probleme sollen so möglichst gute Lösungen gefunden werden. Und absehbare Entwicklungen sollen vorausschauend angepackt werden, bevor sie zu Problemen werden.

Dass auch die oppositionelle CDU sich mit Anträgen eingebracht hat, soll hier nicht verschwiegen werden. Auch damit befasst sich die SPD-Fraktion sehr ernsthaft, und wenn die Anträge überzeugen können, ziert sich die SPD nicht, zuzustimmen. Das war bisher in fast 80% der Fall.



Wilhelm Dietzel

Fraktionsvorsitzender Wilhelm Dietzel ist mit der Arbeit „seiner“ Fraktion mehr als zufrieden: „Die Gemeindevertreter/innen der SPD leisten fleißige und verlässliche Arbeit. Seit der Kommunalwahl haben die Fraktionsmitglieder schon bis zu 100 Sitzungstermine absolviert, sich an den Veranstaltungen des SPD-Ortsvereins als Helfer oder Planer beteiligt und viele Veranstaltungen der Hammersbacher Vereine besucht oder sich dort als Helfer beteiligt. Das erwarte ich auch. Denn wer das Vertrauen der Bürger nicht enttäuschen und die Gemeinde vorwärts bringen will, muss sein Ehrenamt ernst nehmen und darf sich nicht auf die faule Haut legen.“ ■



SPD-Vorstand

„5-Sterne-Ortsverein“ mit neuem Vorstand

Vorstandswahlen, Informationen über die politische Arbeit und Veranstaltungen im vergangenen Jahr sowie Diskussionen über aktuelle Entwicklungen in der SPD bestimmten die Jahreshauptversammlung der Hammersbacher Sozialdemokraten.

Zum zweiten Mal schon wurde der Hammersbacher SPD-Ortsverein durch den Vorstand der Main-Kinzig-SPD als „5-Sterne-Ortsverein“ ausgezeichnet und mit einem Geldbetrag gefördert. „Diese Auszeichnung erhalten nur Ortsvereine, die einen anspruchsvollen Anforderungskatalog erfüllen und durch besondere Aktivitäten und eine kontinuierliche Arbeit positiv herausragen. Das spornt uns natürlich an, noch besser zu werden“, freut sich Ortsvereinsvorsitzender Wilfried Bender.

Bei den Vorstandswahlen rückten dieses Mal jüngere Kräfte nach. Das Vorstands-Duo Wilfried Bender (1. Vorsitzender) und Volkhardt Orth (2. Vorsitzender) wurde zum Trio erweitert. Als 2. Vorsitzende fungiert nun auch Susana Cid Jovic.

Neu als Beisitzer gewählt wurden Alexander Brandt, Misim Cunaku, Marc Köller, Ute Nickel-Jensen und Anastasia Rottstedt. Wiederge-

wählt wurden Reinhard Fladerer, Hajo Möller, Karin Parlow und Jürgen Wernisch.

In bewährten Händen bleibt die Kasse des Ortsvereins. Oliver Baron führt sie weiter, un-

terstützt durch seinen Stellvertreter Ralf Ernst. Schriftführerin bleibt Beate Reul-Friedrich. Ihre Stellvertreterin ist Heidrun Reul. Für die Pressearbeit ist weiter Armin Deckenbach zuständig.

Das Ergebnis der Wahlen sieht Susana Cid Jovic sehr positiv: „Das ist eine wirklich gute Mischung aus bewährten Kräften und Neuen, die bereit sind anzupacken. Ich bin gerne bereit, Verantwortung zu übernehmen, und bei den anderen erlebe ich das genauso. Die Hammersbacher SPD ist gut aufgestellt, im Ortsverein wie in der Gemeindevertretung und im Gemeindevorstand. Das ist ja kein Selbstzweck, sondern die Grundlage für eine gute Gemeindepolitik im Interesse der Bürger. Dafür werden wir uns gemeinsam anstrengen.“ ■



Der SPD-Vorstand 2018.

Auf dem Foto fehlen: 2. Vorsitzender Volkhardt Orth, Anastasia Rottstedt und Hajo Möller



Susana Cid Jovic und Wilfried Bender

Glückwünsche

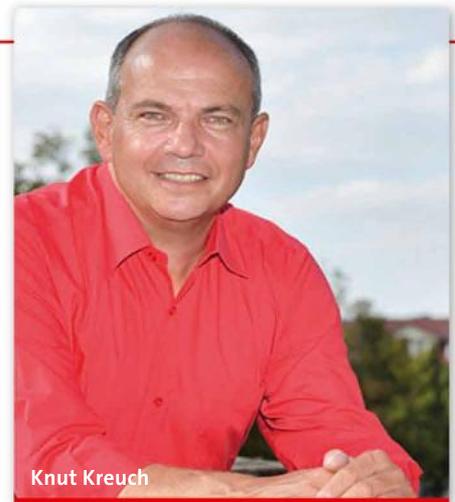
Strahlender Wahlsieger

Knut Kreuch, den viele Hammersbacher noch als Bürgermeister der kleinen Partnergemeinde Günthersleben-Wechmar in Thüringen kennen, ist seit 12 Jahren Oberbürgermeister der Stadt Gotha.

Der umtriebige Kommunalpolitiker und passionierte Hobby-Historiker hat in seiner bisherigen Amtszeit alles dafür getan, um aus dem eher farblos-grauen Provinzstädtchen wieder die strahlende „Residenzstadt Gotha“ zu machen.

Die Wähler haben es ihm nun wieder einmal gedankt. Gegen drei Konkurrenten von CDU, AfD und Linken setzte sich Knut Kreuch schon im ersten Wahlgang souverän mit 61,1 Prozent der Stimmen durch.

Die Hammersbacher Sozialdemokraten, zu denen Kreuch noch immer in regem Kontakt steht, gratulieren herzlich zum Wahlsieg und wünschen dem OB alles Gute, Gesundheit und Kraft für die nächsten Amtsjahre! ■



Knut Kreuch



Die „Hessenkasse“ – ein großzügiges Geschenk für die Kommunen?

Nach dem „Schutzschirm“ für besonders hoch verschuldete Kommunen hält das Land Hessen nun ein weiteres Programm für die Kommunen bereit. Gemeint ist die „Hessenkasse“, mit deren Hilfe die Kassenkredite der Kommunen abgelöst werden sollen.



Abermals versuchen die Landesregierung und die sie tragenden Parteien im Hessischen Landtag ein Instrument zu schaffen, mit dem die Verschuldung der Kommunen zurückgefahren werden soll.

Befürworter bejubeln das hohe Verantwortungsbewusstsein des Landes gegenüber den Kommunen – Kritiker sagen, hier war wieder mal nicht alleine die Fachabteilung des Finanzministeriums federführend. Die zeitliche Nähe zur Landtagswahl in Hessen lässt die Mitarbeit der PR-Abteilung vermuten. Besonders skurril wird es dadurch, dass es sich bei dieser

Gesetzesinitiative bisher nur um einen Antrag der Regierungsfractionen von CDU und Grünen im Landtag handelt, der noch nicht verabschiedet wurde. Das Ministerium verhandelt aber bereits mit den Kommunen, ohne tatsächlich eine gesetzliche Grundlage zu haben. Der in der Verfassung vorgesehene Gewaltenteilung, also der Trennung von gesetzgeberischer Gewalt und ausführender Gewalt, entspricht das offensichtlich in keiner Weise.

Was steckt hinter dieser „Hessenkasse“? Die Städte und Gemeinden in Hessen sind im Vergleich zu den Kommunen in den meisten anderen Ländern grundsätzlich strukturell seit vielen Jahren unterfinanziert. Das heißt, die Kommunen haben in der Regel zu wenig Geld, um Ihre gesetzlich auferlegten Leistungen und auch die freiwilligen Leistungen, die sie ihren Bürgern bieten sollen, erfüllen zu können. Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 hat sich dieser Trend enorm verstärkt.

Neben dem damaligen Einbruch der Steuereinnahmen vor allem aus der Gewerbesteuer und der Einkommenssteuer sind in Hessen noch zwei Faktoren hinzugekommen. Den Kommunen wurde mit der Betreuung von unter 3-jährigen Kindern eine sehr kostenintensive weitere Aufgabe aufgebürdet. Zusätzlich hat das Land die Mittel, die den Kommunen aus dem sogenannten kommunalen Finanzausgleich zustehen, drastisch reduziert. Dies hat zu einer dramatischen Lage der Finanzen in den allermeisten Kommunen in Hessen geführt.

Um gegenzusteuern, wurde den Kommunen dann auferlegt, die eigenen Steuereinnahmen, also vor allem die Grund- und Gewerbesteuer, drastisch zu erhöhen. Im Verwaltungs-

deutsch wurde das „Ausschöpfung der eigenen Einnahmepotenziale“ genannt. Für das Land war das eine besonders praktische Maßnahme, da der Ärger der Bürger über die Steuererhöhungen ja nicht in Wiesbaden, sondern in den Rathäusern abgeladen wurde.

Flankiert wurde dies mit dem PR-Coup, dem sogenannten Schutzschirm. Vereinfacht gesagt, wurde einfach etwa ein Drittel der Mittel, die den Kommunen erst weggenommen wurden, in einem Langzeitprogramm wieder zurückgegeben. Natürlich nicht allen Kommunen, sondern etwa 100 ausgewählten Städten und Gemeinden, die besonders hoch verschuldet waren.

Mit der Hessenkasse wurde nun, rechtzeitig zu den Landtagswahlen, ein weiteres Instrument entwickelt, um die kommunalen Finanzen von den Altlasten, also den Kassenkrediten, die in den letzten Jahren zur Finanzierung der Kindergärten, der Schulen usw. angehäuft wurden, abzulösen. Es wurde also ein Fonds aufgelegt, der dazu verwendet wird, die Verbindlichkeiten von den Kommunen wegzunehmen und im Rahmen dieses Fonds, der sich Hessenkasse nennt, abzulösen. Für die Kommunen eine gute und wichtige Sache, denn die hohen Kassenkredite, vergleichbar mit einer Dispo-Kredit, bergen natürlich langfristig ein hohes Risiko, wenn die Zinsen einmal wieder steigen.

Auch der Zeitpunkt ist richtig, da die meisten Kommunen derzeit wieder ausgeglichene Haushalte haben. Allerdings fällt das Geld für diese Hessenkasse nicht vom Himmel. Es ist auch nicht das Land, dass in Fürsorgepflicht für die Kommunen verantwortlich einen Großteil beisteuert. 80 Prozent der Mittel für die Hessenkasse kommt aus kommunalen Töpfen! Die Hälfte des Betrags wird die nächsten Jahre direkt die kommunalen Haushalte belasten, der Rest wird zu drei Fünftel aus Töpfen gespeist, die den Kommunen ohnehin zustehen. Bei genauem Hinsehen stellt man also fest, dass es sich nicht um ein solidarisches Finanzierungsprojekt des Landes für die Kommunen handelt. ▶

Fortsetzung von Seite 4 - Finanzen

Momentan scheint der Eigenanteil für die Kommunen finanzierbar. (In Hammersbach stehen in den nächsten 9 ½ Jahren jeweils rund 125.000 € an.) Was passiert aber, wenn die Konjunktur einbricht? Dann sind die Kommunen weiterhin gezwungen, den jährlichen Betrag zu stemmen, und der Druck wächst, einmal mehr die Steuern zu erhöhen.

Als Fazit bleibt, dass es richtig und wichtig ist, die Kassenkredite abzubauen. Bei einer ehrlichen Betrachtungsweise ist aber festzustellen, dass diese Kassenkredite in der Regel nicht entstanden sind, weil die Kommunen schlecht gewirtschaftet haben, sondern weil sie über Jahre, vor allem in konjunkturell schlechten Zeiten, schlicht und einfach unterfinanziert waren.

Die kommunalen Spitzenverbände fordern deshalb parteiübergreifend eine höhere Beteiligung des Landes. Mit dem neuen Gesetz über die Freistellung der Kindergartengebühren stellt das Land im Übrigen wieder einen Scheck auf Kosten der Kommunen aus, da auch hier wieder ein wesentlicher Beitrag aus kommunalen Mitteln verwendet wird. Das geht eventuell derzeit in konjunkturell guten Zeiten. Was aber, wenn die Steuereinnahmen mal weniger sprudeln? Die Verpflichtungen für die Kommunen bleiben auch dann bestehen. Dann wird es wieder heißen: Die Kommunen müssen Ihre eigenen Einnahmepotenziale ausschöpfen. Für den Bürger wird das bedeuten, dass wieder mal die Steuern erhöht werden müssen. ■

Bundes-SPD

Opposition oder Koalition?

Seit wenigen Wochen hat Deutschland eine neue Regierung und die SPD sitzt wieder mit 6 Ministerinnen und Ministern am Kabinetts-tisch. Eigentlich eine normale Sache, dass sich nach einer Wahl die Parteien zusammensetzen, Positionen ausloten, einen Koalitionsvertrag aushandeln und eine Regierung bilden. Doch dieses Mal war alles ganz anders.

Nachdem die SPD als eine der beiden Regierungsparteien nur noch 20,5 Prozent der Stimmen geholt hatte, verkündete der SPD-Vorsitzende und Spitzenkandidat Martin Schulz, dass die SPD als Wahlverlierer zukünftig nicht mehr der Regierung angehören würde. Jubel brandete darauf im Willy-Brandt-Haus auf, was angesichts des Wahlergebnisses schon etwas skurril erschien.

Für viele SPD-Anhänger und -Mitglieder erschien die Aussicht, weiterhin Juniorpartner in einer großen Koalition zu sein, wenig verlockend. Man hatte schon die Erfahrung gemacht, dass die Erfolge der letzten Regierung stets der CDU zugeschrieben wurde. Für die nicht gelösten Probleme oder Ungerechtigkeiten hingegen wurde die SPD verantwortlich gemacht. Angesichts der erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung, der niedrigen Arbeitslosenzahlen und der konsolidierten Staatsfinanzen des Landes wurden ja objektiv einige Erfolge erzielt.

Doch davon konnte auch die CDU nicht profitieren, denn auch sie hat beträchtlich an

Zustimmung eingebüßt. Bei der SPD gibt es aber wohl auch noch ein weiteres, spezielles Problem. Die Partei und ihre Anhänger selbst neigen dazu, eher das Schlechte in den Vordergrund zu rücken, als stolz auf Erfolge zu sein. Wer ein solches Bild für die Öffentlichkeit abgibt, trägt nicht gerade zu einer positiven Wahrnehmung durch andere bei.

Nun ist es ja tatsächlich so, dass die Politik auf allen Ebenen schwierige Probleme zu lösen hat. Ursachen und Wirkungen sind oft viel komplexer als man eine einfache Antwort erscheinen lässt. Da erscheint es manchmal, dass es einfacher wäre, nicht zu regieren und keine Verantwortung zu tragen. Das kann sich sogar durchaus in der Wählergunst positiv auswirken. Doch kann es Ziel sein, nicht zu regieren? Kann es Ziel sein, anderen die Entscheidung zu überlassen, wie sich unser Land entwickelt? Diese Fragen hat die SPD durch eine Mitgliederabstimmung entschieden. Die SPD-Spitze hat einen den Möglichkeiten entsprechenden guten Koalitionsvertrag ausgehandelt, der in vielen Feldern eine sozialdemokratische Handschrift trägt und unser Land voranbringen kann. Nun kommt der entscheidende Schritt: aus Regierungsverantwortung muss wieder Vertrauen entstehen.

Wir wünschen uns eine Sozialdemokratie, die die Probleme erkennt und Lösungen anbietet. Wir wünschen uns eine Sozialdemokratie, die nah bei den Menschen ist und so das Vertrauen gewinnt, auch schwierige und komplexe



Michael Göllner

Probleme lösen zu können. Wir wünschen uns eine Sozialdemokratie, die stolz zu den Erfolgen steht, die sie in der Regierungsverantwortung erreicht. Dass die Sozialdemokratie dies kann, zeigt sich in vielen Kommunen wie hier in Hammersbach und im Main-Kinzig-Kreis.

Vertrauen zurückzugewinnen ist keine Frage von Opposition oder GroKo, sondern von Personen, die glaubwürdig für unsere Ziele stehen, und von einer aktiven, nach vorne gerichteten, an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Politik, die Herausforderungen anpackt, Probleme löst und das Leben besser macht. ■

Michael Göllner
Michael Göllner



Kindertagegebühren

Eltern werden endlich entlastet

Jahrelang sträubte sich die schwarz-grüne hessische Landesregierung gegen eine Gebührenbefreiung. Kurz vor der Bundestagswahl verkündete sie dann doch, dass die Kindertagegebühren abgeschafft werden sollen. Wer sich über den Zeitpunkt wundert, wird womöglich noch mehr verwundert darüber sein, wann die neue Regelung in Kraft treten soll. Kurz vor der Landtagswahl! Auffällig oder? Dieses politische Kalkül ist durchschaubar!

Dass es einen staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag gibt, das ist mittlerweile ein Grundkonsens, der von fast allen Parteien geteilt wird. Mehr Geld für Bildung, auch frühkindliche Bildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, diese Forderungen finden sich in allen Wahlprogrammen. Man muss schon genau hinschauen, um die Unterschiede zu sehen.

Das Konzept der Landesregierung hat mehr als einen Haken. Der erste betrifft die Eltern und Kinder. Die Gebührenbefreiung gibt es ausschließlich für die Kinder im Kindergartenalter ab 3 Jahre bis zum Eintritt in die Grundschule. Auch die Betreuungszeit ist begrenzt, nämlich auf sechs Stunden pro Tag. Die U3-Betreuung ist von der angekündigten Gebührenfreistellung ausdrücklich nicht betroffen. Ebenso wenig wie die Hortbetreuung, also die Betreuung von Schulkindern nach dem Unterricht in der Einrichtung der Gemeinde oder beim Betreuungsverein.

Die Gemeinden sehen die Mogelpackung vor allem in der Finanzierung. Damit gibt es bereits schlechte Erfahrungen. Vor etwa 10 Jahren hat das Land Hessen das letzte Kindergartenjahr für fünf Stunden am Tag von Gebühren befreit. Den Kommunen wurde hierfür ein Ausgleichsbetrag von 100 € im Monat gezahlt. Dieser Betrag wurde bisher noch nie nach oben angepasst, trotz erheblicher Kostensteigerungen! Und der Betrag wurde fast komplett aus dem kommunalen Finanzausgleich genommen. Also aus dem Finanztopf, der den Kommunen eigentlich für ihre vielfältigen weiteren Aufgaben zur Verfügung stehen soll.

Genau dieser Trick wird nun wieder angewendet. Die Kommunen sollen als Ausgleich für die wegfallenden Eltern-Beiträge einen Erstattungsbetrag von 136,50 pro Monat und Kind erhalten. Das macht lediglich etwa 15 Prozent dessen aus, was ein solcher Kindergartenplatz pro Monat wirklich kostet. Darüber hinaus soll die Hälfte des Betrages auch wieder aus der Masse des kommunalen Finanzausgleiches entnommen werden. Auch hier will sich die Landesregierung wieder für etwas feiern lassen, was die Gemeinden zum guten Teil selbst zahlen. So macht man vielleicht gute PR. Aber gute Politik geht anders!

Die Kinderbetreuung ist einer der großen Ausgabeposten in den kommunalen Haushalten. In den letzten Jahren konnten die Beschäftig-



ten relativ hohe Lohnzuwächse verzeichnen und die Betreuung der unter 3-jährigen Kindern wurde erheblich ausgebaut. Das ist alles richtig und gut, aber die Belastung der Kommunen in diesem Bereich muss dringend vermindert werden! Die schwarz-grüne Landesregierung zeigt dafür aber nicht die geringste Initiative.

Für die SPD ist die angekündigte Gebührenbefreiung also allenfalls ein erster Schritt in die richtige Richtung. Mehr aber auch nicht. Es muss viel mehr getan werden, um eine echte Gebührenfreiheit für alle Betroffenen zu schaffen und die Gemeinden dabei zu entlasten. Die SPD hat dazu im Hessischen Landtag ein überzeugendes Konzept vorgelegt und erläutert, wie es finanziert werden kann. Von allen Experten gab es dafür viel Zustimmung. Aber von Schwarz-Grün wurde das alles ebenso reflexartig abgelehnt wie einige Monate zuvor der SPD-Vorstoß für eine Gebührenbefreiung für die Kindergartenkinder - die man dann einige Monate später selbst als große Errungenschaft präsentierte.

Fazit: Für die SPD Hammersbach ist es der richtige Schritt, Eltern zu entlasten. Allerdings fehlt beim Vorhaben der Landesregierung ein schlüssiges Gesamtkonzept, das wirklich allen Familien dient. Und die Finanzierung wird wieder einmal zum guten Teil auf die Schultern der Kommunen geladen.

Und ganz praktisch: die SPD versucht eine Lösung zu finden, um in Hammersbach auch die Betreuung über 6 Stunden hinaus für die Eltern kostenlos zu ermöglichen. Dazu hat die SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung einen entsprechenden Antrag gestellt. ■



Im Gewerbegebiet Limes beginnen die Bauarbeiten

Langer Vorlauf, wichtige Ziele

In diesem Monat beginnen im interkommunalen Gewerbegebiet LIMES die Tiefbauarbeiten für den ersten großen Hallenkomplex der Bensheimer Dietz AG. Auch mehrere kleinere Unternehmen aus der Region haben für dieses Jahr den Start ihrer Projekte angekündigt. Nach langem Vorlauf geht es nun also erkennbar voran.

Die Entscheidung, gemeinsam mit den Nachbarkommunen Büdingen und Limeshain ein Gewerbegebiet auszuweisen, war für die Hammersbacher Sozialdemokraten aus mehreren Gründen richtungsweisend. Mit der Ausweisung des Gebiets, für das sich erst durch den Bau der Autobahnanschlussstelle realistische Aussichten ergaben, verbinden sich für die SPD Ziele, die für die Entwicklung unserer Gemeinde von grundlegender Bedeutung sind. Nach nunmehr fast 10 Jahren zeichnet sich ab, dass sie erreicht werden.

Das wichtigste Ziel: in unserer Gemeinde und damit auch in und für unsere Region sollen wohnortnahe Arbeitsplätze geschaffen werden.

Nicht weniger wichtig: von den Firmen, die sich hier ansiedeln, können Gewerbe- und Grundsteuereinnahmen erwartet werden. Für die Finanzierung unserer Kommune, die bisher hauptsächlich auf Einkommenssteueranteilen basiert, ergibt sich so eine weitere Einnahmequelle. Das ist dringend nötig, denn damit können die Einrichtungen und die Infrastruktur für unsere Bürger aufrecht erhalten und weiterentwickelt werden.

Die Pflege von Sport- und Spielplätzen, Bürgerhäusern, Gemeindestraßen und Feldwegen kostet ebenso Geld wie etwa die Maßnahmen in der Dorferneuerung oder im Natur- und Landschaftsschutz. Aber vor allem die Kinderbetreuung, die für die SPD die zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe einer Kommune ist, kostet viel Geld, wenn man sie auf einem hohen qualitativen und quantitativen Niveau anbietet. Das wollen wir garantieren, aber man kann eben nur das Geld ausgeben, das man auch einnimmt. Ohne neue Einnahmequellen, also ohne wesentliche Gewerbesteuererhöhungen, wäre in Zukunft vieles nicht möglich, was den Hammersbachern wichtig ist.

Die Ausweisung von Flächen für Wohn- oder Gewerbebezüge hat allerdings immer auch andere Folgen. Diese Flächen stehen künftig der Landwirtschaft nicht mehr zur Verfügung, der Verkehr nimmt zu und die Landschaft verändert sich.

Derzeit sehen wir, dass besonders der Verlust von landwirtschaftlichen Flächen in der öffentlichen Diskussion einen breiten Raum einnimmt. Das ist auch gut so, denn den Boden kann man nicht unendlich vermehren. Man muss schon sehr genau abwägen, welchen Interessen jeweils der Vorzug gegeben werden kann. Aus unserer Sicht kann das jedoch nicht heißen, dass es in unserer Region einen Baustopp geben kann. Denn genau das würde es bedeuten, wenn jede Flächeninanspruchnahme für Siedlungszwecke strikt abgelehnt wird. Im konkreten Fall halten wir es für vertretbar, rund acht Hektar Land, so wie später noch weitere acht Hektar für eine bereits jetzt sich abzeichnende Gebietserweiterung, für das Gewerbegebiet in Anspruch zu nehmen. Zur Erinnerung: die Gemeinde hat rund 2000 Hektar Gemarkungsgebiet. Das heißt, derzeit nimmt das Gebiet 0,4 Prozent, in der Erweiterung dann 0,8 Prozent der Gemeindefläche in Anspruch.

Für die ökologischen Folgen müssen den Gesetzen zufolge entsprechende Ausgleichsmaßnahmen getroffen werden. Die Gemeinde versucht zusammen mit dem Zweckverband insbesondere die Streuobstwiesen zu sanieren und die Gewässer zu renaturieren. So wird natürlich nicht das Ackerland ersetzt, aber gut für die Natur und für den Hochwasserschutz ist es allemal.

Auch der Verkehr wird steigen. Aber wichtig ist, dass das Gebiet jenseits der Autobahn liegt und direkt an die Autobahn angeschlossen ist. Gerade das ist der unschätzbare Vorteil dieses Gewerbegebietes, denn die Ortslagen werden davon nicht berührt.

Die SPD hat nach intensiven Diskussionen vor rund zehn Jahren beschlossen, mit den anderen Gemeinden zusammen das Gebiet zu entwickeln. Nachdem Außenstehende schon den Eindruck haben konnten, das Gebiet ent-



Spatenstich Januar 2014

Blick in das durch Straßenbau vorbereitete Gebiet 2016



Bürgermeister Michael Göllner und Lothar Klemm von der Dietz AG stellen dem Landrat Thorsten Stolz die Pläne vor, die jetzt ab Mai umgesetzt werden

wickele sich nicht, freuen wir uns heute, dass die Dietz AG nun die Baugenehmigung erhalten hat und in Kürze mit den Bauarbeiten beginnen wird.

Die angekündigten etwa 50 Arbeitsplätze pro Hektar tun unserer Region gut. Auch gut ist, dass das Gebiet so gestaltet wurde, dass sich nicht nur ein Großunternehmen ansiedeln kann, sondern auch kleine Unternehmen die Möglichkeit haben, sich hier niederzulassen. Im letzten Jahr wurden einige Grundstücke verkauft und derzeit ist die Nachfrage nach Grundstücken größer als das Angebot.

Bereits heute sind alle Entwicklungskosten durch die Grundstücksverkäufe gedeckt. Deshalb entstehen den Gemeinden Hammersbach und Limeshain und der Stadt Büdingen keine finanziellen Risiken. Wir sind davon überzeugt, dass sich der lange Atem, den die kommunale Familie der drei beteiligten Kommunen hat, sich in Zukunft auszahlen wird. ■



Kreispolitik

Der Main-Kinzig-Kreis investiert in die Astrid-Lindgren-Schule

Seit einigen Jahren ist Bürgermeister Michael Göllner auch Kreistagsabgeordneter im Main-Kinzig-Kreis. Dieses Ehrenamt ist für ihn keine zusätzliche Belastung, sondern eine selbstverständliche Verpflichtung. Denn ein Landkreis gehört genau wie die Städte und Gemeinden zur kommunalen Familie.

Auch die Finanzierung des Kreises erfolgt vor allem durch die Städte und Gemeinden, die zur Zahlung der Kreis- und Schulumlage verpflichtet sind. „Wie in unserer Gemeinde sind viele Aufgaben und Ausgaben eines Kreises gesetzlich festgelegt. Trotzdem bleibt noch eine Menge politischer Spielraum, den die SPD-Kreistagsfraktion gemeinsam mit Landrat Thorsten Stolz und der Ersten Kreisbeigeordneten Susanne Simmler verantwortungsbewusst gestaltet. Wichtige Felder der Kreispolitik sind zum Beispiel die Schulen und die Vereinsförderung“, meint Michael Göllner, „und gerade hier gibt es gute Nachrichten für Hammersbach.“

Im April beschloss der Kreistag auf Vorschlag von Landrat Thorsten Stolz, bedeutende Investitionen in der Astrid-Lindgren-Schule vorzunehmen. 800.000 Euro sind veranschlagt, um das Erdgeschoss brandschutztechnisch und elektrotechnisch zu sanieren. Dabei sollen auch die Toiletten und der Innenausbau erneuert werden.

Außerdem hat Landrat Stolz – auf Anregung von Michael Göllner – dem Kreistag vorgeschlagen, ein Programm zur Förderung des Sports in den kreiseigenen Turnhallen aufzulegen. Viele der kreiseigenen Sportstätten, die nicht nur dem Schulsport dienen, sondern vor allem auch von Vereinen in unserem Kreis eifrig genutzt werden, sind mehr als 40 Jahre alt und es gibt einiges zu tun, um sie gut in Schuss zu halten.

Möglich wurde dieses Programm durch die Überschüsse, die im Kreishaushalt im letzten Jahr erwirtschaftet werden konnten. Von den über 2,9 Millionen Euro, die jetzt zur Verfü-



gung gestellt werden, sind rund 150.000 Euro für die Erneuerung der Beleuchtung und der elektrischen Installation in der Hammersbacher Turnhalle vorgesehen.

Bei der Planung der vielen Maßnahmen wurde darauf geachtet, in möglichst vielen Gemeinden zu investieren, damit nicht nur einzelne profitieren. Und es wurde Wert darauf gelegt, die Gelder so zu investieren, dass sie eine nachhaltige Wirkung haben. Also nicht schöne neue Fliesen über marode Leitungen zu kleben, um diese dann in einigen Jahren, wenn die Leitungen dann doch saniert werden, wieder abzuklopfen.

Für die SPD Hammersbach ist es wichtig zu wissen, dass unsere Gemeinde im Landkreis durch unsere Abgeordneten und den Landrat gut vertreten wird. Und wie die Schulgemeinde und die Vereine freuen wir Sozialdemokraten uns über diese wichtigen Investitionen. ■



Ehrungen

Die SPD erweist ihren Respekt

Bei der Jahreshauptversammlung ehrten die Hammersbacher Sozialdemokraten zwei Frauen für ihre langjährige aktive Mitgliedschaft.

Renate Liepelt gehört der SPD seit 50 Jahren an, Christina Greulich seit 40 Jahren. Ehrenbürgermeisterin Helga Meininger übernahm es, für die beiden eine kleine Laudatio zu sprechen und das vorbildliche Engagement beider Frauen in der Hammersbacher SPD herauszustreichen.

Renate Liepelt gehörte von 1967 bis 1970 als erste Frau der Gemeindevertretung der damals

noch selbstständigen Gemeinde Marköbel an. Zuvor waren die demokratisch gewählten Gemeindeparlamente in Marköbel und

Langen-Bergheim ausschließlich von Männern dominiert. Mit Renate Liepelt wurde die Kommunalpolitik erstmals auch Frauensache. Als aufmerksame Beobachterin begleitet sie den SPD-Ortsverein bis heute. An allen Aktivitäten und Veranstaltungen nimmt sie interessiert teil.

Christina Greulich war von 1997 bis 2011 Gemeindevertreterin in Hammersbach und Mitglied im Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Soziales. Bis heute ist sie von der Gemeindevertretung als Vertreterin in den Seniorenbeirat entsandt. Über lange Jahre war sie stellvertretende Vorsitzende

des SPD-Ortsvereins. Hier war sie unter anderem aktiv daran beteiligt, dem offensichtlich überlebten, biederen Tanz in den Mai als „Rock in den Mai“ ein neues Format zu geben, das sich bis heute erfolgreich erhalten hat.

In der 1977 gegründeten Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) waren beide Geehrte aktiv. Die rührigen SPD-Frauen brachten dem Ortsverein viele neue Impulse und Ideen, veranstalteten neben Informationsabenden zu politischen und gesellschaftlichen Themen auch Kinderfeste, Second-Hand-Basare, das Heringessen am Aschermittwoch und regelmäßige Weihnachtsmärkte, aus denen sich nach der Gründung des Vereinsrings der heutige Hammersbacher Weihnachtsmarkt entwickelte. ■



„Wir wollen etwas für unsere Gemeinde tun“

Neue Mitglieder verstärken die SPD

Im letzten halben Jahr fanden eine Reihe neuer Mitglieder den Weg zu den Hammersbacher Sozialdemokraten. Die vielfache geäußerte Prognose, dass sie sich nach der Abstimmung zur „GroKo“ wieder von der SPD abwenden könnten, hat sich in keinem einzigen Fall bestätigt. Im Gegenteil. „Wir wollen aktiv die SPD in Hammersbach unterstützen!“ Darin sind sich die sieben neuen Mitglieder einig. Sie wollen nicht nur beitragszahlende Unterstützer sein, sondern im Hammersbacher SPD-Ortsverein aktiv mitgestalten und etwas für ihre Gemeinde tun.

(Auf dem Foto fehlt: Florian Friedrich)



Was bewegt die „Neuen“?

Alexander Brandt

„Ich bin Student für das Lehramt und möchte einen Beitrag leisten für eine gerechtere Gesellschaft. Nach meiner Überzeugung kann ich das durch eine sozialdemokratisch geprägte Bildungspolitik am ehesten umsetzen. Also helfe ich mit, die SPD zu stärken.“

Misim Cunacu

„Ich bin ein Mann der Tat. Passiv sein ist nicht mein Ding. In der Hammersbacher SPD sehe ich die beste Chance, mich mit meinen Ideen und meinem Engagement einzubringen.“

Pierre Dülsner

„Ich engagiere mich in Hammersbacher Vereinen. Mein Eintreten für die SPD in Hammersbach gehört für mich zu meinem Engagement. Ohne eine gute Kommunalpolitik hat auch das Ehrenamt keine guten Chancen.“

Florian Friedrich

„Die Unterstützung der SPD Hammersbach ist für mich eine Herzensangelegenheit. Die positive Entwicklung unserer Gemeinde ist für mich im Wesentlichen durch die SPD geprägt. Für mich war es daher genau der richtige Schritt, die Hammersbacher SPD durch meine Mitgliedschaft zu unterstützen.“

Marc Köller

„Ich bin durch mein sozialdemokratisches Elternhaus geprägt, hatte aber lange einen kritischen Abstand zur SPD. Jetzt will ich durch meine Mitgliedschaft und meine aktive Mitarbeit einen persönlichen Beitrag leisten, dass sich Hammersbach weiterhin positiv entwickelt.“

Ute Nickel-Jensen

„Ich engagiere mich an meinem Arbeitsplatz als Schwerbehindertenvertrauensperson und als Mitglied im Betriebsrat für die Belange anderer Menschen. Fairness, Hilfsbereitschaft und Solidarität sind mir wichtig. Durch meine Mitarbeit in der SPD kann ich das auch in meiner Gemeinde leisten.“

Anastasia Rottstedt

„Ich wollte schon immer in meinem Leben was bewegen. In der Kommunalpolitik habe ich nach meiner Überzeugung die beste Gelegenheit dazu. Und in der SPD kann ich meine Vorstellung am ehesten verwirklichen.“

Ortsvereinsvorsitzender Wilfried Bender freut sich über die „Neuen“: „Jedes neue Mitglied stärkt die SPD insgesamt, aber auch hier vor Ort ist es wichtig, dass sich Menschen bereitfinden, in der Gemeinde mitzugestalten und ihre Ideen einzubringen. Unsere Neuen finden einen gut aufgestellten, aktiven Ortsverein vor. Ich bin sicher, dass sie sich bei uns wohlfühlen werden und wir ihnen viele Möglichkeiten für ihre Mitarbeit anbieten können.“ ■



Warum gibt es immer noch unterschiedliche Wasserpreise in Hammersbach?

Am 1. Januar 2021 wird die Gemeinde Hammersbach 50 Jahre alt. In dieser Zeit haben sich Langen-Bergheim, Marköbel und dazwischen der verbindende „Ortmittelpunkt“ entwickelt, wie es nur wenige vorhergesehen haben. Eins ist geblieben, der unterschiedliche Wasserpreis. Kurios. Oder doch erklärbar?

Im vergangenen Dezember hat die Gemeindevertretung eine Anhebung der Wasserpreise beschlossen, um einen ausgeglichenen Gebührenhaushalt für die Zukunft zu sichern. Warum, so fragen manche Bürger, wurde diese Gelegenheit nicht genutzt, um die Unterschiede anzugleichen? Die Antwort ist ohne Blick in die Vergangenheit nicht möglich.

Zunächst einige Fakten. Der Wasserpreis setzt sich zusammen aus dem Preis für das Frischwasser, im Alltagssprachgebrauch Leitungswasser, und dem Preis für die Entsorgung des Abwassers.

Für Letzteres, also die Abwasserentsorgung, bezahlen die Nutzer in ganz Hammersbach den gleichen Preis, seit dem 1. Januar beträgt er 4,55 Euro/m³.

Der Preis für die Frischwasserversorgung (das Leitungswasser) ist unterschiedlich. In Langen-Bergheim zahlt man weniger. Im Versorgungsbereich Langen-Bergheim kostet ein m³ 1,50 Euro, in Marköbel 2,00 Euro.

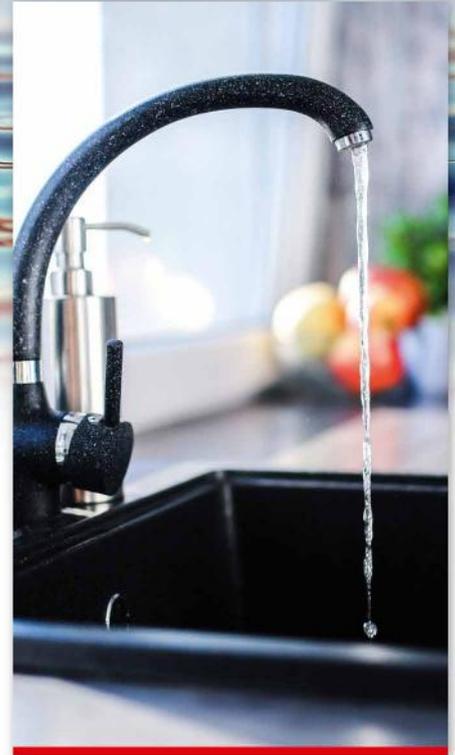
Hinzu kommen die Zählergebühren je Monat. Für das Versorgungsgebiet Marköbel beträgt sie für die gängige Zählergröße 7,49 Euro, für das Versorgungsgebiet Langen-Bergheim 1,09 Euro je Monat.

Ein weiteres Detail: Bei einem Rohrbruch zwischen Hauptleitung und Grundstücksgrenze müssen die Instandsetzungskosten im Versorgungsgebiet Langen-Bergheim vom Nutzer (Hauseigentümer) bezahlt werden. Im Versorgungsgebiet Marköbel werden die vergleichbaren Kosten von den Kreiswerken getragen.

Warum ist das so? Im Zusammenlegungsvertrag der Gemeinden Marköbel und Langen-Bergheim, der am 1. Januar 1971 in Kraft getreten ist, wurde festgelegt, dass die Frischwasserversorgung (Leitungswasser) so bleiben soll, wie sie sich historisch entwickelt hatte: Langen-Bergheim mit der eigenen Versorgung (Brunnen, Hochbehälter, Leitungsnetz) und Marköbel mit einer Versorgung durch die damaligen Kreiswerke Hanau. So ist es bis heute.

Hier liegt der Grund, für den unterschiedlichen Wasserpreis. Der Hammersbacher „Eigenbetrieb“ Frischwasserversorgung produziert preiswerter als die Kreiswerke Main-Kinzig. Allerdings kann er das leider nicht für ganz Hammersbach leisten, denn dafür reichen die förderbaren Wassermengen nicht. Aber hätte man um einen einheitlichen Wasserpreises willen 1970/71 die eigene, günstige Wasserversorgung aufgeben sollen? Das kann man wohl auch 50 Jahre später nicht ernsthaft fordern.

Falsch ist übrigens die immer wieder zu vernehmende Behauptung, die für die Wasserversorgung Langen-Bergheim erforderlichen Investitionen würden ganz oder teilweise aus dem allgemeinen Haushalt bezahlt, also indirekt auch von den Bürgern, die ohnehin schon ihr Leitungswasser teurer bezahlen müssen. Das Gegenteil ist richtig! Alle Investitionen



wurden und werden auf den Wasserpreis im Versorgungsgebiet Langen-Bergheim umgelegt. Der allgemeine Haushalt der Gemeinde bleibt davon unberührt. Die Hessische Gemeindeordnung gibt klar vor, Gebührenhaushalte müssen durch Gebühren ausgeglichen sein. Quersubventionen sind nicht erlaubt.

Am Rande notiert: Die Grenze beider Versorgungsgebiete liegt in der Büdinger Straße nahe des Köbler Weges. Dort gibt es einen „Übergabeschieber“, der im Normalbetrieb geschlossen ist, aber im Störfall jederzeit geöffnet werden kann, um die Wasserversorgung in allen Ortsteilen sicherzustellen. In beiden Richtungen.

Fazit: Die unterschiedlichen Wasserpreise liegen in den unterschiedlichen Produktionskosten für das Frischwasser begründet.

Die Kapazitäten der Produktionsanlage Langen-Bergheim (Brunnen, Hochbehälter) sind begrenzt und können (leider) nicht ganz Hammersbach versorgen. ■



Rock in den Mai

Begeistertes Publikum beim „Rock in den Mai“

Die Matthias Basemann Band gehört allmählich zum „Rock in den Mai“ der Hammersbacher SPD wie sechs Saiten zur Gitarre. Schon der Vorverkauf lief blendend und am Abend füllten die Fans aus Hammersbach und der gesamten Region beim sechsten Auftritt von MBB mühelos den Saal des Langen-Bergheimer Bürgertreffs.

Bandleader Matthias Basemann und seine exzellenten Musiker waren glänzend aufgelegt. Mit transparentem Sound und perfekt angepasster Lautstärke gelang der Band ein professioneller, mitreißender Auftritt, der das Publi-

kum begeisterte. Basemann, seine Sängerin Caro Röhl und die Band bauten einen musikalischen Spannungsbogen von eher verhaltenen leisen Tönen zu Beginn bis zu krachenden Rock-Titeln im späteren Verlauf des Abends auf. Das Publikum dankte es mit Beifall, tanzte, klatschte, sang lautstark mit und rockte fröhlich in bester Feierstimmung in den Mai.

Das SPD-Service-Team sorgte für reibungslose Abläufe an der Theke und der Sekt- und Säften-Bar. Willkommene Unterstützung gab es dabei von der SG-Marköbel und dem KSV Lan-

gen-Bergheim. Mit dem großen Zuspruch zu ihrer Traditionsveranstaltung und dem Verlauf des Abends konnten die Hammersbacher Sozialdemokraten außerordentlich zufrieden sein. Das bestätigten auch die Rückmeldungen aus dem Publikum. „Ich war jetzt zum dritten Mal hier“, brachte es ein weiblicher Fan auf den Punkt, „jedes Mal war es einfach toll, und ich wünsche mir sehr, dass die SPD auch im kommenden Jahr wieder eine solche Veranstaltung auf die Beine stellt. Dann bin ich wieder dabei!“ ■



Einladung



GEBÜHRENFREIE KITAS? ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

HESSEN
SPD

LANDTAGSFRAKTION

PODIUMSDISKUSSION
DI., 05.06.18
19 UHR

BÜRGERTREFF HAMMERSBACH

Gebührenfreie Kitas? Womit Sie rechnen können – oder auch nicht!

Die Landesregierung stellt sechs Stunden Kindergartenbetreuung am Tag gebührenfrei. Bekanntgegeben wurde dies wenige Wochen vor der Bundestagswahl und in Kraft treten soll das erst ein Jahr später, kurz vor der Landtagswahl.

Sechs Stunden Kindergartenbetreuung am Tag nennt die Landesregierung den „regulären Kindergartenbesuch“. Das passt ins konservative Weltbild von Schwarz-Grün, wo Frauen halbtags dazuverdienen und sich ab mittags wieder um die Kinder kümmern können. Dabei ist die Lebenswirklichkeit eine ganz andere. Berufstätige Alleinerziehende kommen in den Plänen der Landesregierung gar nicht vor. Bei der U3-Betreuung will Schwarz-Grün gar nichts ändern, dabei müssen Eltern hier besonders viel zahlen, zumal die angebliche Gebührenbefreiung des Landes zu großen Teilen mit Mitteln aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) finanziert werden soll. ■

**Podiumsdiskussion zum Thema
„gebührenfreie“ Kindergärten
am Dienstag, den 05. Juni 2018,
um 19 Uhr im Bürgertreff
Hammersbach**

Wir beantworten Ihre Fragen!

Es diskutieren und informieren:

- Christoph Degen, SPD-Landtagskandidat für unseren Wahlkreis
- Michael Göllner, Bürgermeister von Hammersbach

Moderation:

Susana Cid Jovic,
stellvertretende Vorsitzende der SPD Hammersbach

Kontakt & Impressum

Herausgeber: SPD Ortsverein und SPD-Fraktion Hammersbach
ViSdP: Wilhelm Dietzel, Vorsitzender der SPD-Fraktion
Wilfried Bender, Vorsitzender der SPD Hammersbach
Redaktion: Wilhelm Dietzel, Wilfried Bender
Auflage: 2500 Stück
Gestaltung: mainblick marketing & mediengestaltung, Hanau
www.mainblick.de

SPD Ortsverein Hammersbach
Wilfried Bender
Unter den Weingärten 54
63546 Hammersbach
Telefon: 0 61 85 / 71 15
E-Mail: fragen@spd-hammersbach.de
Internet: www.spd-hammersbach.de

